



# Freie und Hansestadt Hamburg

## JVA Billwerder

Justizvollzugsanstalt Billwerder  
- stellvertretende Anstaltsleiterin -

AL BW – Nr.: 40/2016  
BW, den 17.10.2016

### **Anstaltsverfügung Nr. 40/2016**

#### **Betr.:**

#### **I. Bearbeitung von Beschwerden und Dienstaufsichtsbeschwerden**

#### **II. Vorgehen bei Anträgen auf gerichtliche Entscheidung (Strafgefangene / Untersuchungsgefangene)**

#### **III. Erläuterung vollzuglicher Maßnahmen**

##### **I. Bearbeitung von Beschwerden und Dienstaufsichtsbeschwerden**

1. Beschwerden und Dienstaufsichtsbeschwerden gem. § 91 Abs. 1 und 4 HmbStVollzG sowie § 70 Abs. 1 und 4 HmbUVollzG werden von dem jeweils zuständigen Vollzugsleiter bzw. von der für den Vorgang zuständigen Abteilung, bei Dienstaufsichtsbeschwerden von dem nächst höheren Vorgesetzten abschließend und verantwortlich bearbeitet.

2. Beschwerden und Dienstaufsichtsbeschwerden werden zunächst der Rechtsabteilung zur Vergabe eines Aktenzeichens und zur Notierung einer Frist zugeleitet.

3. In Beschwerde- und Dienstaufsichtsbeschwerdeverfahren ist es zulässig und ratsam in geeigneten Fällen im Sinne eines konstruktiven Umgangs mit den Gefangenen über das jeweilige Anliegen mit dem Gefangenen das Gespräch zu suchen, um den Konflikt einvernehmlich beizulegen. Die gesprächsweise Erledigung ist kurz zu dokumentieren und ggfs. vom Gefangenen gegenzuzeichnen. Das Ergebnis ist der Rechtsabteilung zuzuleiten.

4. Kommt es zur schriftlichen Bescheidung werden die jeweiligen Beschwerdebescheide entsprechend der Empfangsverfügung weitergeleitet. Abschließend wird der Rechtsabteilung eine Kopie des Beschwerdebescheides incl. der Empfangsbestätigung des Gefangenen zugeleitet. Eine eventuelle Weiterleitung an das Amt für Justizvollzug und Recht erfolgt über die Rechtsabteilung. Die Bearbeitung soll in der Regel innerhalb von 4 Wochen abgeschlossen sein.

##### **II. Vorgehen bei Anträgen auf gerichtliche Entscheidung**

##### **1. Vorgehen bei Anträgen gemäß § 109 und § 114 StVollzG – Strafgefangene**

a) Ein Antrag des Gefangenen auf gerichtliche Entscheidung gem. §§ 130 Nr.2 HmbStVollzG, 109 StVollzG wird im Gegensatz zu Eilanträgen gem. §§ 130 Nr. 2 HmbStVollzG, 114 StVollzG *nicht* von der Station oder dem VAL gefaxt. Der Gefangene ist auf den Postweg oder den Rechtsantragsdienst zu verweisen.

Stellt der Gefangene sowohl einen Eilantrag, als auch einen Antrag gem. § 109 StVollzG auf demselben Dokument, wird dieses Dokument gefaxt.

b) Stellt der Gefangene während der laufenden Vollstreckung einer Disziplinarmaßnahme einen Eilantrag gem. §§ 130 Nr. 2 HmbStVollzG, 114 StVollzG ist dieser unverzüglich - über den zuständigen VAL - an den jeweiligen Entscheidungsträger (VL, AL/ AL-V) weiterzuleiten. Nur der Entscheidungsträger setzt die weitere Vollstreckung der Maßnahme vorläufig aus. Befindet sich kein Entscheidungsträger mehr im Dienst (z.B. am Wochenende an Feiertagen, zur Nachtzeit), wird der Gefangene darauf verwiesen, dass bis zum Dienstantritt eines verfügbaren Entscheidungsträgers keine Aussetzung der Disziplinarmaßnahme erfolgt.

## **2. Vorgehen bei Anträgen gemäß § 119a StPO – Untersuchungsgefangene**

a) Untersuchungsgefangene können gem. § 119a StPO einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen, der keine aufschiebende Wirkung hat. Das Gericht kann jedoch vorläufige Anordnungen treffen, wenn der Gefangene einen Antrag auf Aussetzung einer Maßnahme bzw. Erlass einer einstweiligen Anordnung stellt, und geltend macht, durch den sofortigen Vollzug einer Maßnahme in seinen Rechten verletzt zu werden. Der Antrag gem. § 119a StPO wird von der Station oder dem VAL unverzüglich an die Rechtsabteilung weitergeleitet, die den Antrag an das nach § 126 StPO zuständige Haftgericht faxt. Der Gefangene wird nicht auf den Postweg verwiesen.

b) Stellt der Untersuchungsgefangene während der laufenden Vollstreckung einer Disziplinarmaßnahme einen Antrag gem. § 119a StPO, greift die unter II. 1 b) beschriebene Vorgehensweise.

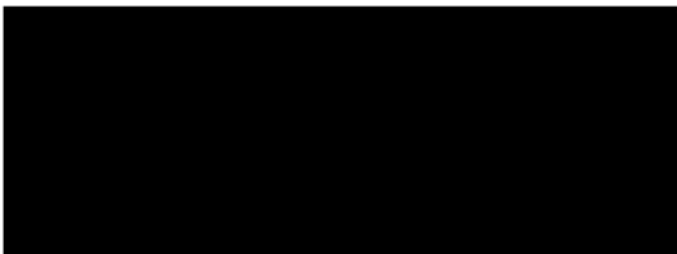
## **III. Erläuterung vollzuglicher Maßnahmen gem. § 5 Abs. 4 HmbStVollzG i.V.m. der AV der Justizbehörde Nr. 97/2009 v. 15.9.2009 sowie gem. § 4 Abs. 3 HmbUVollzG**

1. Vollzugliche Maßnahmen werden dem Gefangenen in der Regel mündlich eröffnet, sobald er dafür bereit und aufnahmefähig ist

2. Vollzugliche Maßnahmen sind dem Gefangenen auf Verlangen in Form eines schriftlichen Bescheids auszuhändigen. Die schriftlichen Bescheide sind vor Aushändigung an den Gefangenen, dem Vollzugsleiter zur Kenntnisnahme vorzulegen. Der Vollzugsleiter kann bei Bedarf auch die Rechtsabteilung zu Rate ziehen. Bei Strafgefangenen wird der Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen, die im Share Point unter „Recht und Gesetz“ zu finden ist

## **IV. Inkrafttreten**

Diese Anstaltsverfügung tritt am 1.11.2016 in Kraft und ersetzt die Anstaltsverfügung Nr. 20/2013.



Vfg.



;